

# Sozialdemokratischer Pressedienst

C. m. b. H.

(20a) Hannover,  
Georgstraße 33 | Telefon 20951/52/53

Postcheckkonto: Hannover 1033 53  
Bankverbindungen: Meckler-Bank Hannover  
Bankhaus Rudolf Löhr K. G., Hannover

P/IV/168

3. November 1949

## Zum neunten November

-----  
Von Friedrich Stampfer

Ein Festtag konnte der Tag, an dem vor einunddreissig Jahren die deutsche Republik ausgerufen wurde, nicht werden; ihn verdunkelten die Schatten eines verlorenen Krieges und eines heraufziehenden Bürgerkrieges. Einer der grossen Gedenktage deutscher Geschichte wird er aber für alle Zeit bleiben und für jede kommende Generation wird es reizvoll sein, ihn aus der Perspektive ihrer Gegenwart zu betrachten.

Man kann den neunten November 1918 nicht richtig verstehen, ohne ihn mit einem anderen Novembertag, just zehn Jahre zuvor, in Verbindung zu bringen. Im November 1908 stand Deutschland am Rande einer unblutigen Revolution, da der Reichstag in geschlossener Front, von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten, dem Kaiser entgegentrat. Zwanzig Jahre lang hatte dieser Mann des Unheils durch seine törichten Redereien die ganze Welt gegen das deutsche Volk aufgebracht; nun schlug das völlig unsinnige Interview, das er einem Vertreter des "Daily Telegraph" gegeben, dem Fass den Boden aus. Man zweifelte an der geistigen Gesundheit des Kaisers und glaubte ihn zur Abdankung reif. Er selber, ein Held nur in Worten, nicht in Taten, erschreckt und zerknirscht, wäre leicht zum Thronverzicht zu bewegen gewesen, wenn man ihn ernstlich aufgefordert hätte. Aber man forderte ihn nicht die Angst vor der Sozialdemokratie war zu gross.

In jener Novemberdebatte von 1908 sprach der Sozialdemokrat Wolfgang Heine ein prophetisches Wort. "Auf diese Weise", sagte er, "können wir in einen grossen Krieg geraten und wissen gar nicht wie". Sechs Jahre später war es so weit. Nach einem Krieg, der verloren war, ehe er begonnen hatte, starb das Kaiserreich an seiner politischen Unfähigkeit. Die militärische Tüchtigkeit des deutschen Volkes

konnte nur dazu dienen, die Todesqualen zu verlängern.

Man wundert sich manchmal, dass die Monarchie in Ländern weiterbestehen konnte, in denen die Sozialdemokratie regiert. Die Erklä-

rung ist sehr einfach. Wo die Monarchie das parlamentarische System anerkannte und eine Stellung über den Parteien bezog, hörte sie auf,

ein Streitgegenstand zu sein. Wo sie sich an ihre alten Privilegien klammerte und mit anderen Privilegienträgern der Geburt oder des

Besitzes solidarisierte, musste sie fallen. Sie hätte sich auch in Deutschland retten können, wenn sie die Forderung der Sozialdemokra-

ten nach dem parlamentarischen System angenommen hätte. Aber sie begriff ihre Situation ebenso wenig, wie die bürgerlichen Parteien die

ihre begriffen, da sie nur die Gefahr der sozialen Revolution sahen, nicht aber die eines nie zu gewinnenden Krieges gegen die ganze Welt.

In der Zeit von ihrem grossen Wahlsieg im Jahre 1903 bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges hatte die Sozialdemokratie alle ihre

innerpolitischen Anstrengungen auf die Erringung des parlamentarischen Systems und den Sturz der junkerlichen Klassenherrschaft durch

Einführung des gleichen Wahlrechts in Preussen gerichtet. Aussenpolitisch proklamierte sie die Vereinigten Staaten von Europa als Fern-

ziel und als erste Etappe zu ihm die endgültige Aussöhnung Deutschlands und Frankreichs, die sie mit grossem Eifer betrieb. Betrachtet

man ihren damaligen Kampf im Lichte der späteren Ereignisse, so kann man nicht sagen, dass es ihr an politischer Voraussicht gefehlt hat.

Aber weil sie keine Unterstützung durch andere Parteien fand und die Mehrheit des Volkes sich ihren Einsichten verschloss, musste Deutsch-

land durch zwei verlorene Weltkriege gehen, um schliesslich wieder auf den Weg zu gelangen, den die Sozialdemokratie in friedlicher

Entwicklung hatte gehen wollen.

So wenig die ewig Blinden das frühere Wirken der deutschen Sozialdemokratie verstanden hatten, so wenig verstanden sie den 9. No-

vember. Sie begriffen nicht, dass das Werk dieses Tages ein Rettungswerk an der deutschen Nation war. Nur als eine Demokratie mit sozia-

lem Inhalt und nur als eine Friedensmacht konnte Deutschland seinen alten Platz unter den Völkern wiedergewinnen. Das war das politische

Vermächtnis, das der erste Präsident der deutschen Republik, Friedrich Ebert, seinem Volke hinterliess. Unfähige und unwürdige Nach-

folger haben es in sinnloser und verbrecherischer Weise verschleudert. Sie haben Deutschland noch einmal in den Abgrund zurückgestossen,

aus dem es Ebert und seine Mitarbeiter herausgeführt hatten - tiefer noch, als irgendein Mensch ahnen konnte.

Kann also der neunte November kein nationaler Festtag sein, so ist er doch wohl geeignet, ein politischer Buss- und Denktag für

das deutsche Volk zu werden. Was hätte sich doch das Volk ersparen können, wenn es den Sinn jenes Tages verstanden und an dem damals

begonnen Werk unverdrossen und unbeirrbar weiter gebaut hätte! Es war ein Werk der Freiheit, des Friedens und der sozialen Gerechtig-

keit. Es war aber auch ein Werk des gesunden Menschenverstandes und einer echten nationalen Realpolitik. Könnte das ganze deutsche Volk

das begreifen, könnte es begreifen, dass diejenigen, die die deutsche Republik von innen heraus zerstörten, sich an Deutschland und

der ganzen Menschheit in der schwersten Weise versündigt haben, dann wäre für eine bessere Zukunft der geistige Grund gelegt. Mögen Ge-

schichtsforschung und Schule dafür sorgen, dass der neunte November in seiner Bedeutung richtig erkannt wird und unvergessen bleibt.

\*\*\*

#### Kurs auf die Frühjahrswahl

Ein gelegentlicher Mitarbeiter schreibt uns aus England:

Nachdem die endgültige Entscheidung über den Zeitpunkt der kommenden Parlamentswahl gefallen und auch das durch die Not erzwungene

Sparprogramm der Regierung veröffentlicht worden ist, kann man die Erfolgsaussichten der Labour Party nach sicheren Gesichtspunkten

beurteilen.

Dazu muss man die Frage stellen: Warum hat die Labour-Regierung eigentlich den Entschluss gefasst, die Wahl erst im nächsten Früh-

jahr abzuhalten? Die Antwort darauf, und sie wird von der grossen Mehrheit der Parlamentsfraktion der Partei gebilligt geht auf den

Wunsch zurück, das gesunde Parteiinteresse mit politischer Ehrlichkeit im öffentlichen Leben in Einklang zu bringen. Man wollte einer-

seits nicht den Eindruck eines prinzipienlosen, eine gegebene Situation geschickt auswertenden politischen Manövers aufkommen

lassen, zum anderen wollte man bewusst zu den Konsequenzen der Fundabwertung stehen und erst dann an die Wähler appellieren, wenn

diese Gelegenheit gehabt haben, sich selbst von der Notwendigkeit des eingeschlagenen Kurses zu überzeugen.

Das ist eine sehr mutige Entscheidung, die auf jeden Fall das politische Verständnis des englischen Wählers auf die höchste Probe stellt! Die Labour Party verspricht sich von dieser Politik, die sie 1945 in den Sattel hob, auch weiterhin Erfolg. Gleichzeitig wird von denen, die diesen Standpunkt vertreten, darauf hingewiesen, dass der Parteiapparat noch nicht genügend auf einen sofortigen Wahlkampf vorbereitet sei und noch mehrere Monate benötige, um auf Höchsttouren zu kommen.

Die Konservative Partei dagegen, deren Wahlapparat zur Zeit schon in vollem Schwung ist, forderte die Arbeiterpartei zum Kampf heraus und fand eine gewisse Resonanz teilweise auch unter den sogenannten Taktikern der Labour Party, die jetzt, im Spätherbst oder Winter, den günstigsten Zeitpunkt für einen erfolgreichen Wahlausgang sahen und die Labour Party vor einem zweiten "1931" unter allen Umständen bewahren wollten.

Viele Politiker auf der Seite der Regierung sind aber auch geneigt, die Herausforderung der Konservativen als Scheinmanöver zu betrachten, durch das sie ihre Sicherheit demonstrieren wollten, während sie im Grunde mit dem Frühjahrstermin durchaus zufrieden sind, weil sie hoffen, dass sie aus den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die Regierung diesen Winter überwinden muss, den grössten parteipolitischen Nutzen ziehen werden. Im November dieses Jahres hätten die Konservativen gegen die Labour Party unter dem Zeichen der bestehenden Vollbeschäftigung in den Wahlkampf gehen müssen. Vielleicht - so hofften sie offenbar - sieht das im Frühjahr anders aus.

Das ist wohl richtig, denn nichts anderes als das Ende der Vollbeschäftigung und eine dann ansteigende Arbeitslosigkeit kann den Ausschlag für eine gewonnene oder verlorene Wahl geben. Auch nur Gleichgültigkeit unter der Arbeiterschaft gegenüber ihrer eigenen Partei und eine etwaige Stimmenenthaltung würde Labour den Sieg kosten.

\*\*\*

Geschickte Regie?

Der NWDR bemühte sich dieser Tage um die Widerlegung des Vorwurfs, er beachte die Wünsche seiner Hörer nicht. Für eine halbe Stunde erteilte der Sender Köln dem Hörer das Wort, verlas Briefe der Kritik und der Beschwerde. Dass die verlesenen Sprecher hier bei ablehnenden Urteilen meist die Stimme eines verbitterten Nörglers liehen, mag als Kunstgriff hingehen, der stimmungsmässig dem erwidernenden Mitarbeiter des NWDR seine Aufgabe erleichtern sollte. Verständlich auch, dass man positive Briefe nicht verschwieg. Eine solche Zuschrift, die eine genaue Programmanalyse in ein Gesamtlob der Arbeit des Rundfunks ausklingen liess, erweckte bei einem Grossteil der Hörer sicherlich den vorgesehenden Gesamteindruck: "Eigentlich sind doch alle zufrieden". Einen Erfolg, den der NWDR als Ergebnis der Sendung "Der Hörer hat das Wort" zweifelsohne nicht gerade ungern sieht.

Etwas peinlich wird die Sache nur dadurch, dass diese zufriedene Hörerstimme ausgerechnet einem Mitarbeiter des NWDR gehört.

Es dürfte nicht allzu schwierig sein, "positive Kritik", als die der Leiter der Sendung diese Zuschrift mit spürbarem Wohlgefallen bezeichnete, von einem Funkhausangestellten zu erhalten. Sollte es sich hier nicht vielmehr um gelenkte Kritik handeln? Wir fürchten fast, dass der NWDR diesmal von seinem Regietalent zu eifrig Gebrauch machte.

Immerhin verdient es, vermerkt zu werden, dass auch Herr Schönfeld vom NWDR bei aller Anerkennung, die er in seinem Brief dem Rundfunkprogramm zollte, für eine Auflockerung des Wortprogrammes eintrat. Er forderte die stärkere Heranziehung freier Mitarbeiter, die den Mut zur eigenen Meinung haben. Wir freuen uns, dass die offiziöse Selbstkritik des NWDR hierin mit uns der gleichen Ansicht ist. Hoffentlich dürfen wir sie schon als eine Art Vorankündigung der zukünftigen Programmgestaltung betrachten. J.F.W.

\*\*\*

### FDP zu wenig aktiv

---

sp. Innerhalb der FDP ist eine Auseinandersetzung über die Zweckmäßigkeit der Abhaltung eines Gesamt-Parteitag im Gange, der vom Landesverband Bayern angeregt worden ist. Grundsätzlich ist, wie wir hören, auch der Landesvorstand Schleswig-Holstein der Ansicht, "dass die Arbeit der Gesamtpartei durchaus einer Aktivierung bedarf". Es habe sich der Eindruck ergeben, dass ausserhalb von Bundesfraktionen und Landesverbänden praktisch überhaupt nichts mehr seit dem Bremer Parteitag geschehen sei. Ausserdem hält man es in diesem Landesverband "für ein sehr missliches Unterfangen, die Aufgaben des Bundesvorstandes nur im Rahmen der Bundestagsfraktion lösen zu wollen". Es wird die Überlastung einer Reihe von Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes durch Amter in der Bundesregierung bzw. in der Fraktion beklagt und eine Nachwahl des Vorstandes angeregt, die durch ein kleineres Gremium und provisorisch erfolgen sollte, weil die Abhaltung eines besonderen Gesamtparteitages zu diesem Zweck zu kostspielig wäre.

\*\*\*

### Pressestelle bei der SPD-Fraktion in Bonn

---

sp. Bei der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Bundestages ist unter der Leitung von Hans Manthey eine Pressestelle eingerichtet worden. Sie hat die Aufgabe, das Interesse der Öffentlichkeit an einer zuverlässigen Unterrichtung über die Einstellung der Bundestagsfraktion der SPD zu bestimmten Fragen zu befriedigen. Dazu gehört in erster Linie ein ständiger, enger Kontakt mit der in- und ausländischen Presse

\*\*\*

### Populär und fortschrittlich

---

sp. In Hamburg erscheint seit kurzem die "Hamburger Morgenpost" im Auerdruckverlag und unter der redaktionellen Leitung von Heinrich Breune. Der Inhalt ist sehr reichhaltig und stark auf Strassenverkauf abgestellt. Offenbar wird der interessante und sehr vernünftige Versuch unternommen, eine ausgesprochen volkstümliche Zeitung auf klar fortschrittlicher Grundlage zu schaffen, ein Versuch, der bisher durchaus gelungen zu sein scheint.

\*\*\*

### Badische Zeitungsnot

---

Im Laufe des Oktober haben sich der Verlag "Das Neue Baden", Organ der demokratischen Partei Badens, "Lehr-Baden" und der Verlag der "Südwestdeutschen Volkszeitung", Organ der CDU, Freiburg zur Aufgabe ihrer Zeitungen entschlossen. Beide Verlage waren sehr stark verschuldet. Während, wie man hört, "Das Neue Baden" offiziell in Konkurs gehen wird, kann dies bei der "Südwestdeutschen Volkszeitung" wahrscheinlich vermieden werden. Hauptgläubiger ist hier die Firma H. Rombach & Co., Freiburg, die als Brigovia-Verlag, wie vor 1933, die katholisch eingestellte Freiburger "Tagespost" herausbringt und offenbar mit dem Abonnentenstamm usw. der "Südwestdeutschen Volkszeitung" einigermassen schadlos gehalten wurde.

\*\*\*